

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Geldpolitik</b>
Akteure	<b>Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2021</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bühlmann, Marc  
Escher, Regina  
Hirter, Hans  
Müller, Eva  
Zumofen, Guillaume

## Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc; Escher, Regina; Hirter, Hans; Müller, Eva; Zumofen, Guillaume 2024.  
*Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Geldpolitik, Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), 1980 - 2017*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Wirtschaft</b>	1
Wirtschaftspolitik	1
Konjunkturlage- und politik	1
Geld, Währung und Kredit	1
Geldpolitik	1
Nationalbank	2
<hr/>	
<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	2
Parteien	2
Grosse Parteien	2

# Abkürzungsverzeichnis

**SNB** Schweizerische Nationalbank  
**NBG** Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank

---

**BNS** Banque nationale suisse  
**LBN** Loi fédérale sur la Banque nationale suisse

# Allgemeine Chronik

## Wirtschaft

### Wirtschaftspolitik

#### Konjunkturlage- und politik

**INTERPELLATION / ANFRAGE**  
DATUM: 21.06.1996  
HANS HIRTER

Die **Geldpolitik** der Nationalbank blieb auf dem im Vorjahr eingeleiteten gelockerten Kurs. Statt wie geplant um 1% wuchs die Notenbankgeldmenge zwischen dem vierten Quartal 1995 und dem vierten Quartal 1996 um 5%. Dieser Kurs wurde, zumindest in der ersten Jahreshälfte, von der SP und den Gewerkschaften weiterhin als viel zu restriktiv kritisiert. Nachdem sich im Herbst abzeichnete, dass auch 1996 der lange erwartete Aufschwung nicht eintreten würde, forderte auch der Vorort die Nationalbank auf, ihren geldpolitischen Spielraum noch besser zu nutzen und eine deutlichere Senkung der kurzfristigen Zinssätze (und damit auch eine weitere Abwertung des Schweizerfrankens) anzuviesieren. Kurz darauf senkte die Nationalbank den Diskontsatz auf den historischen Tiefststanz von 1%.<sup>1</sup>

### Geld, Währung und Kredit

#### Geldpolitik

**BERICHT**  
DATUM: 08.05.1980  
REGINA ESCHER

**Als Nachfolger von L. Schürmann** wurde der Direktor der Bankiervereinigung, M. Lusser, als neues Mitglied des Nationalbankdirektoriums gewählt. Die SPS kritisierte, dass in diesem Gremium, das eine konjunkturpolitisch äusserst wichtige Funktion innehat, die Arbeitnehmerschaft weiterhin nicht vertreten sein wird.<sup>2</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 10.11.1981  
HANS HIRTER

**Der 1980 mit dem Fürstentum Liechtenstein abgeschlossene Währungsvertrag fand die Zustimmung des Parlaments.** Dabei kritisierte die SP, dass von Liechtenstein nicht eine weitergehende Revision seines Gesellschaftsrechtes verlangt worden war, die verhindert hätte, dass Fluchtgelder zwecks Umgehung schweizerischer Gesetze über Gesellschaften des Fürstentums transferiert werden. Gemäss dem am 25. November 1981 in Kraft getretenen Vertrag behält Liechtenstein zwar seine Währungshoheit bei, erklärt aber die jeweils in der Schweiz geltenden währungs-, kredit- und geldpolitischen Bestimmungen auch in seinem Territorium für gültig und räumt der Schweizerischen Nationalbank die Vollzugsgewalt ein.<sup>3</sup>

**BERICHT**  
DATUM: 01.11.1984  
HANS HIRTER

Auf Ende 1984 trat Fritz Leutwiler als **Präsident des Direktoriums der Nationalbank** zurück. Während seiner zehnjährigen Amtszeit hatte der im In- und Ausland angesehene Leutwiler nicht nur die Nationalbankpolitik wesentlich geprägt, sondern auch versucht, sie einem breiteren Publikum verständlich zu machen. Die Wahl von Vizepräsident **Pierre Languetin** zu seinem Nachfolger entsprach den Erwartungen und erregte höchstens insofern Aufsehen, als damit erstmals ein Romand auf diesen Posten gelangte. Umstrittener gestaltete sich jedoch die Wahl eines neuen Mitglieds des dreiköpfigen Direktoriums. Von den beiden bankinternen Kandidaten erhielt schliesslich der dem Freisinn nahestehende Hans Meyer den Vorzug vor dem Sozialdemokraten Kurt Schiltknecht. Dies führte bei der SPS, die noch nie einen Vertreter im höchsten Nationalbankgremium stellen konnte, aber auch bei einem Teil der Presse zu Mutmassungen, dass parteipolitische Überlegungen den Ausschlag gegeben hätten.<sup>4</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 17.12.1994  
HANS HIRTER

Der Kursanstieg des Schweizer Frankens veranlasste die SP und die Gewerkschaften sowie einen Teil der Exportindustrie – unter anderem der Verein Schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM), nicht aber der Vorort –, von der Nationalbank eine **Lockerung der Geldpolitik zu verlangen**. Die Währungsbehörden lehnten dieses Ansinnen ab und verwiesen dabei auf die Vorteile einer langfristigen Geldwertstabilität, die nahezu stabile Relation zur D-Mark und die im internationalen Vergleich zur Zeit tiefe Inflationsrate. Gegen Jahresende, als die Nationalbank ihr stabilitätsorientiertes Geldmengenziel für 1995 bekanntgab, hatte sich die Kritik beim VSM gelegt. Nur noch der Gewerkschaftsbund bemängelte eine ungenügende währungspolitische Ausrichtung

der Geldmengenpolitik.<sup>5</sup>

#### INTERPELLATION / ANFRAGE

DATUM: 11.03.1996  
HANS HIRTER

Die politische Linke forderte weiterhin eine auch an **währungspolitischen Zielen orientierte Geldmengenpolitik**. Eine sozialdemokratische Interpellation aus dem Jahr 1995 gab dem Nationalrat Gelegenheit darüber zu diskutieren. Die Vertreter der SP wiederholten ihre Forderung, neben stabilitätspolitischen vermehrt auch währungspolitische Ziele zu berücksichtigen. Bundesrat Villiger hielt dem entgegen, dass angesichts der Internationalität der Finanzmärkte eine autonome Beeinflussung der Wechselkurse durch eine expansive Geldmengenpolitik nicht mehr möglich sei und diese einzig zum Aufbau eines Inflationspotentials führen würde.<sup>6</sup>

#### Nationalbank

#### MOTION

DATUM: 04.05.2017  
GUILLAUME ZUMOFEN

L'article 99 de la Constitution précise que la Banque nationale suisse (**BNS**) doit mener une politique monétaire qui sert les intérêts généraux du pays. Cette volonté se décline essentiellement en deux **objectifs définis par la loi** sur la banque nationale suisse (LBN): garantir la stabilité des prix, stabiliser la conjoncture et donc indirectement le niveau d'emploi. Le groupe socialiste s'est appuyé sur ces deux objectifs pour déposer une motion qui remet en question la politique monétaire de la BNS en 2015. Pour être précis, la motion demandait au Conseil fédéral de vérifier que la BNS remplissent ses objectifs définis par la LBN. Pour appuyer son argumentation, le groupe socialiste a mis en évidence la situation économique helvétique. Tout d'abord, il a mentionné la volatilité de l'inflation. Puis, il a rappelé que le chômage était en hausse. Il a finalement souligné que les secteurs du tourisme et de l'industrie souffraient du franc fort. Il estime donc que les mesures de la BNS sont insuffisantes. Un tel immobilisme nuirait au développement économique helvétique.

De son côté, le Conseil fédéral a rappelé l'indépendance indispensable de la BNS. En outre, il a précisé que la situation économique actuelle sortait de l'ordinaire ce qui réduisait fortement la marge de manœuvre de la BNS. Étant donné les taux d'intérêt très bas et l'inflation presque nulle, la boîte à outils de la politique monétaire se trouve fortement amincie. Il a proposé de rejeter la motion. La chambre du peuple a rejeté la motion par 137 voix contre 50 et 2 abstentions. Seul les voix des Verts sont venues soutenir le groupe socialiste.<sup>7</sup>

## Parteien, Verbände und Interessengruppen

### Parteien

#### Grosse Parteien

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 02.12.1994  
EVA MÜLLER

Gegen Ende des Berichtsjahres kritisierte die SP die Geldpolitik der Nationalbank. Die Auswirkungen der von ihr betriebenen Inflationsbekämpfung (steigende Zinssätze und Höherbewertung des Frankens) **würkten die Binnenkonjunktur ab** und verstärkten die **Arbeitslosigkeit**. Die SP verlangte neben finanzpolitischen Massnahmen auch einen **Beitrag der Nationalbank** an die von ihr **mitverursachten Kosten** im Sozialbereich.<sup>8</sup>

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 03.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Bereits Mitte Januar schaltete sich die SP in die Diskussionen um den **starken Franken** ein. In einem Papier forderte sie dringende Massnahmen und prangerte die Passivität und den mangelnden Mut der bürgerlichen und rechten Parteien an. Die Regierung solle die Banken auf der Basis eines „gentleman agreement“ von der Spekulation mit der Schweizer Währung abhalten. Die Nationalbank solle mit Stützungskäufen den Euro-Franken-Kurs auf CHF 1.40 halten und so Arbeitsplätze und Wachstum sichern. Über Monate übte Parteipräsident Levrat harsche Kritik an Bundesrat Schneider-Ammann, indem er diesem in der Sache unhaltbare Untätigkeit vorwarf. An der Delegiertenversammlung in Biel kurz vor den nationalen Wahlen im Herbst verabschiedeten die Genossen einen Sozial- und Wirtschaftspakt, in dem eine Weissgeldstrategie und das Verbot von Investmentbanking gefordert wurden. Die Gehälter von Bankmanagern seien auf das Lohnniveau von vergleichbaren Positionen in staatsnahen Betrieben zurückzufahren. Mit Massnahmen gegen die Spekulation auf den starken Franken und einem Fonds sollten Arbeitsplätze in exportabhängigen Branchen gesichert werden.<sup>9</sup>

- 1) Amt. Bull. NR, 1996, S. 1271ff.; Amt. Bull. NR, 1996, S. 228ff.; NZZ, 18.9.96; Presse vom 27.9.96.17
- 2) BaZ, 8.5.80.
- 3) AB NR, 1981, S. 356 ff.; AB SR, 1981, S. 292 ff.; AS, 1981, S. 1714 ff.; W. Strub (1982). Der Finanzplatz Liechtenstein und die Schweiz.
- 4) Presse vom 9.6.84, 1.11.84.; Vat., 3.9.84; Ww, 13.9.84; NZZ, 25.10.84, 27.10.84; TA, 30.10.84; TW, 1.11.84; SMUV-Zeitung, 7.1.84.
- 5) LZ, 28.10.94; TA, 29.10.94; JdG, 6.11.94; NZZ, 1.12.94 und 17.12.94; DAZ, 2.12.94 und 17.12.94
- 6) AB NR, 1996, S. 228 ff.
- 7) BO CN, 2017, pp.723
- 8) DAZ, 2.12.94
- 9) LT und QJ, 14.1.11; Blick, 6.8.11; Presse vom 3.10.11.